

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 120 (1994)
Heft: 43

Artikel: Vom Untergang der letzten staatstragenden Eidgenossen
Autor: Raschle, Iwan / Biedermann, Christoph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-611287>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VOM UNTERGANG DER LETZTEN STAATSTRAGENDEN EIDGENOSSEN

VON IWAN RASCHLE (TEXT) UND CHRISTOPH
BIEDERMANN (ILLUSTRATIONEN)

Eisch versiechet». Erschöpft drückte der Bundesrat seine Zigarre auf dem Pendenzenberg aus, genehmigte sich einen tüchtigen Schluck aus der Kirschflasche und stellte die Regierungstätigkeit ein. Endgültig.

Seine Kollegen und die einzige Frau im Bunde hatte es schon früher erwischt. Nacheinander waren sie zusammengebrochen unter der mit jedem abtretenden Bundesrat grösser werdenden Arbeitslast. Nachfolger waren keine zu finden, und so kam es, dass sich der letzte Bundesrat während mehr als fünf Jahren quer durch die verwaisten Departemente stellvertretete. Wirklich regieren konnte er als einziger Magistrat längst nicht mehr, was allerdings auch nicht nötig war, weil das Volk nur noch auf die Oppositionsführer hörte und der Bundesrat keinen grossen Einfluss mehr hatte auf das Zeitgeschehen. Seit der grossen Sparübung in den Jahren 1994 bis 1996, als bürgerliche Politiker das Haushaltsbudget rigoros auf einen Viertel zusammengestrichen hatten, wurden die meisten Staatsaufgaben von privaten Unternehmen wahrgenommen. Gesetze übernahmen die Eidgenossen, obwohl sie erklärterweise nicht Mitglieder der Europäischen Union waren, unverändert aus Brüssel – alles andere wäre zu aufwendig gewesen –, und an die Urne gingen nur mehr fünf Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, weil wöchentlich in erster Linie irgendwelche Einzelinteressen in die Verfassung aufgenommen wurden.

Seinen Anfang genommen hatte der Zerfall des Landes aber schon Jahre zuvor. Damals, die Schweizer begingen den 700. Geburtstag ihres Landes, zirkulierten erstmals ketzerische Sätze wie dieser: «Die Schweiz existiert nicht», was die Konservativen derart in Rage brachte, dass sie in den Jahren nach den Jubiläumsfeierlichkeiten jegliches Kulturschaffen untersagten.

Statt dessen hielten die Freundeidgenossen wöchentlich Schützen- und Jodlerfeste ab, inszenierten an allen Theatern des Landes Schillers Wilhelm Tell und beschworen in täglichen Fernsehansprachen ihre Eigenständigkeit und den Sonderfall Schweiz, warnten vor fremden Vögten und Richtern, vor Flüchtlingen und anderen Kriminellen und riefen das Volk auf zum Widerstand gegen alles – auch gegen den Bundesrat. Dieser, kritisierte die nach eigener Einschätzung staatstragend-bürgerliche Opposition, entferne sich immer mehr vom Volk und gebe die Unabhängigkeit des Landes preis.

Einem grossen Teil des Volkes waren die heftigen Auseinandersetzungen um die Zukunft des Landes gleichgültig. Mehr als die Hälfte aller Stimmberechtigten nahmen schon damals nicht mehr teil an den Volksabstimmungen und ignorierten die dort gefassten Beschlüsse weitgehend, weshalb führende Wissenschaftler von einer grossen Vertrauens- und Kommunikationskrise sprachen, von einem kollektiven Rückzug ins Private, den es aufzuhalten gelte, ansonsten das Land unregierbar werde.

Eine Regierung hatte die Schweiz freilich schon damals nicht mehr. Die Rede war vielmehr von einer Reagierung, und das war der staatstragend-bürgerlichen Opposition recht, denn dadurch konnte sie die Entwicklung des Landes beeinflussen, ohne sich dafür verantworten zu müssen. Obwohl sie selbst noch im Bundesrat vertreten war, distanzierte sie sich deutlich von der Landesregierung, ja rief das Volk geradezu auf zum Boykott der «Classe politique», zu der all jene gerechnet wurden, die nicht der staatstragend-bürgerlichen Opposition angehörten.

Über lange Zeit hinweg schwelte dieser Konflikt vor sich hin. Zum Ausbruch kam er erst drei Jahre nach den Jubiläumsfeierlichkeiten und ein Jahr vor den grossen Parlamentswahlen, die den Regierungssturz hätten herbeiführen sollen.

Als der Verteidigungsminister im Herbst 1994 verkündete, im Zuge der Armeereform würden sämtliche Brieftauben sowie deren Betreuer und Instruktoren entlassen, verbrüderten sich zwei ansonsten verfeindete Lager: Seite an Seite mit den linken Armeegegnern kämpften die Brieftaubenfreunde gegen die neue «Armee 95». In weniger als fünf Wochen brachten die ungleichen Partner über 500 000 Un-

zits, das nach dem Erfolg der Opposition noch grösser wurde, weil der Bundesrat weitere Zugeständnisse machen musste: Wiedereingeführt wurde auch die Kavallerie, die Armee wurde um alle noch dienstwilligen Veteranen erweitert und erreichte schliesslich die Grösse der deutschen Bundeswehr, zudem trieb der Bundesrat ein ambitioniertes und entsprechend viel Geld verschlingendes Forschungsprojekt voran, die Entwicklung des Pegasus 95. Mit diesem, die Vorzüge von Brieftaube, Pferd und Militärflugzeug auf sich vereinigenden, gentechnisch erzeugten Tier wollte der Bund die Armee in die Moderne hinüberretten, handelte sich aber riesige Verluste ein, die von der Opposition wiederum als Argument benutzt wurden, um den Sturz der Regierung zu fordern.

Durchzusetzen brauchte sich die staatstragende Bürgerbewegung damit allerdings nicht, denn der Bundesrat war längst in Auflösung begriffen. Als der Finanzminister, der vielen Vorwürfe über den desolaten Zustand der Bundesfinanzen müde und unter der enormen Arbeitsbelastung leidend, zusammenbrach und sich im Spital einen Herzschrittmacher einsetzen lassen musste, verhandelte die offiziell zwar Bestürzung und auch Mitleid markierende Opposition bereits über eine Neubesetzung des über Nacht freigewordenen Regierungssitzes. Überraschend kamen die Politiker schliesslich überein, keinen Nachfolger zu wählen für den noch während seines Spitalaufenthalts zwangspensionierten Säckelmeister und nur insofern eine Regierungsreform durchzuführen, als künftig weniger Bundesräte an der Spitze des Landes stehen sollten. Von dieser Haltung wichen die Parteien auch angesichts der nacheinander aus gesundheitlichen Gründen zurücktretenden Bundesratsmitglieder nicht ab.

So kam es, dass die Schweiz fünf Jahre nach der sogenannten Vertrauens- und Regierungskrise von einem einzigen Bundesrat reagiert wurde. Das ging ganz gut so, weil alle wichtigen Bundesaufgaben mittlerweile von Grossfirmen wahrgenommen wurden. Die Armee war ein hochdiversifiziertes Unternehmen, das dank florierenden Waffengeschäften sogar Gewinn abwarf, und selbst die Arbeitslosenversicherung war keine Belastung mehr für den Bundeshaushalt, seitdem nur noch versichert wurde, wer die hohen Prämien entrichten konnte, und nachdem die notorisch Erwerbslosen zur Zwangsarbeit verknurrt worden waren.

Von selbst erledigt hatte sich auch das Drogenproblem – es verschwand mit dem Bundesdefizit, ohne dass die regierende Opposition die für Drogenkonsum und -handel eingeführte Todesstrafe je hätte verhängen oder vollziehen müssen. Da die regierende Opposition den Bundeshaushalt sanierte, indem sie alle Sozialausgaben strich, schaffte sich die Zielgruppe der

Widerstand gegen die Armee 95



terschriften für die Volksinitiative zur Wiedereinführung der Brieftauben zusammen, was den Bundesrat schliesslich dazu veranlasste, die gefiederten Soldaten im Dienst zu belassen, ohne den Volksscheid abzuwarten. Dadurch ersparte sich die Regierung zwar eine erneute Abstimmungsniederlage, kapituliert aber vor dem Volk und stand immer noch vor dem ungelösten Problem des riesigen Haushaltsdefi-

staatlichen Fürsorge selbst aus der Welt. Dem Ruf des Landes war das nicht abträglich, weil die Schweiz schon früher die höchste Selbstmordrate der Welt ausgewiesen hatte, und auch die schliesslich gänzlich abwesende Jugend fiel niemandem auf, weil sie sich längst nicht mehr beteiligte am öffentlichen Leben, sondern nur noch in Technobaren vor sich hin tobte, später auswanderte oder «fit und unglücklich», wie sie von der Wissenschaft bezeichnet wurde, verschied.

«Versieched» war das Land nur für den letzten Bundesrat. Obwohl er längst nichts mehr zu sagen hatte zur Entwicklung der Schweiz, wurde er von der mächtigen Opposition für alles und jedes zur Rechenschaft gezogen, was letztlich der einzige Grund war, ihn am Ruder zu belassen und keinen wirklich fähigen Kandidaten zu suchen, der in den Reihen der Widerstandsbewegung freilich auch nicht zu finden gewesen wäre. Der Bundesrat selbst bemerkte das nicht, weil er durch die Reagierungsarbeit in allen sieben Departementen zu stark belastet war, um sich auch noch mit der Aussenwelt zu beschäftigen. Da er vom Parlament immer wieder bestätigt wurde in seinem Amt, ging er davon aus, beliebt zu sein beim Volk und nicht stärker unter Beschuss zu stehen als zu Beginn der sogenannten Vertrauenskrise.

Misstrauisch wurde der letzte Magistrat erst, als ihn seine Berater aufforderten, den Bundesratsbunker im Réduit zu beziehen, da sich das Volk erneut aufzulehnen beginne gegen die Classe politique. Wie er dem staatlichen Unterhaltungsfernsehen entnahm, war die Schweiz erneut von einer anhaltenden Rezession betroffen. Wie schon Jahre zuvor wurden erneut Brieftauben geopfert und Dienstleistungen gestrichen, Angestellte auf die Strasse gesetzt und Preise erhöht. Das Volk war erzürnt über den Bundesrat, und als es gewahr wurde, dass die Schweiz längst nicht mehr in den Händen des übriggebliebenen Bundesrates war, warf es ihm den Ausverkauf der Heimat vor und forderte seinen Rücktritt.

Zu retten war die Eidgenossenschaft nicht mehr. Nachfolgerinnen und Nachfolger für die gänzlich verwaiste Reagierung waren nirgends zu finden, und auch die regierende Opposition meldete sich nicht mehr zu Wort. So blieb dem Volk – ihm wurden die politisch noch aktiven fünf Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung zugerechnet – nichts anderes übrig, als die Geschicke des Landes selbst in die Hand zu nehmen. Angesichts des vor ihnen liegenden Scherbenhaufens wurden die gehässigen und zerstrittenen letzten sich bekennenden Eidgenossen ganz unerwartet zahm und arbeiteten friedlich auf ein gemeinsames Ziel hin: Den Rückkauf der zerstückelten, auf unzählige Länder und ausländische Unternehmen verteilten Eidgenossenschaft.

Obwohl führende Historiker und Zukunftsforscher vor einem Wiederaufbau warnten und die düstere Prognose abgaben, die Schweiz werde hernach abermals zugrunde gehen, weil nach der gegliückten Rekonstruktion erneut kein Ziel mehr vorhanden sein werde, das einen Staat rechtfertige, trotz dieser Unkenrufe arbeiteten die Freundeidgenossen wacker vor sich hin, züchteten Brieftauben, besannen sich des



Ehrgeiziges Projekt des Bundesrats: Pegasus 95

alten helvetischen Liedgutes, erfüllten die immer noch vorgeschriebene obligatorische Schiesspflicht, gründeten eine einzige, das ganze Völklein vereinigende Partei, die eigentlich nur ein gemischter, taubenfütternder und feldschiessender Männerchor war, und gingen schliesslich im unerschütterlichen Glauben, ein Sonderfall zu sein, als letztes Urvolk unter und in die Weltgeschichte ein. □